

Anna Sauerbrey

## **Bericht über mein Arthur F. Burns Fellowship beim Philadelphia Inquirer**

29. Juli bis 27. September 2013

---

„Diese Zeitung wird nun seit 14 Tagen ohne eine Op-ed-Seite gedruckt.“ So stand es an meinem letzten Arbeitstag in der Meinungsredaktion des Philadelphia Inquirer auf dem Schild, das mein Kollege Russell an die Wand seiner Büronische gepinnt hatte. Jeden Morgen druckte Russell die neue Anzahl der Tage aus und überklebte die Vortageszahl. Zwei Wochen zuvor hatten die Chefredakteure auf Druck der Besitzer der Zeitung bei einem sanften Lay-out-Relaunch eine von bislang zwei täglichen Meinungsseiten der Zeitung gestrichen, ebenso wie eine von sieben Stellen des „Editorial Board“. Die betroffene Kollegin wurde versetzt. Eine Seite mit Außenansichten und Gastbeiträgen gibt es jetzt nur noch am Wochenende.

Wie die meisten Zeitungen in Deutschland und in den USA hat auch der Philadelphia Inquirer seit Jahren mit einem Auflagenrückgang und sinkenden Umsätzen zu kämpfen. Im März 2013 verkaufte die Zeitung noch rund 307.000 Exemplare unter der Woche und rund 477.000 am Sonntag, ein Rückgang von 5,7 respektive 7,7 Prozent im Vergleich zur Vorjahreserhebung. Die Zeitung hat bereits mehrere Entlassungswellen erlebt, vor zwei Jahren ist sie in neue, kleinere Büroräume im Zentrum von Philadelphia gezogen. Im Zuge der Schrumpfung setzt die Zeitung stark auf Regionalisierung und konzentriert sich – aus journalistischer Perspektive mit einigem Erfolg – auf investigative Lokal- und Regionalberichterstattung aus der Stadt Philadelphia sowie aus der Landespolitik in New Jersey und Pennsylvania. Noch bis vor wenigen Jahren, erzählte mir der ehemalige Deutschland-Korrespondent der Zeitung, der heute einer der Manager des Online-Auftritts ist, verfügte der Inquirer über eigene Berichtersteller in allen Regionen der Welt. Heute wird die Außenpolitik vollständig aus Agenturen abgedeckt, selbst der Washington-Korrespondent wurde in die Stammredaktion zurück gerufen. Die Zeitung übernimmt stattdessen Texte aus dem Nachrichtenservice der Washington Post.

Die Hintergründe der Streichung der Op-ed-Seite allerdings vermuteten die Branchendienste, die über den Fall berichteten, weniger in einer weiteren Sparmaßnahme, als vielmehr in den Interessen der Besitzer. Zu ihnen gehört der Medienunternehmer George Norcross III, ein „Powerbroker“ der Demokraten in New Jersey. Eine Seite mit Gastbeiträgen, die regelmäßig auch konservativen Stimmen Raum gibt, so wurde gemutmaßt, wollten die Besitzer nicht dulden – und das, obwohl der Inquirer ohnehin traditionell liberal-demokratisch ist. Bei der jüngsten Senatorenwahl Mitte Oktober in New Jersey stellte sich das Editorial Board mit seinem „endorsement“, einer Art Wahlempfehlung, hinter den Kandidaten der demokratischen Partei, Cory Booker.

Sehr gefreut haben sich die Kollegen über die zahlreichen Reaktionen auf die Streichung der Seite. Es regnete Briefe von Lesern, aber auch von Vertretern der Interessengruppen, Verbände und Vereinigungen, die die Op-ed-Seite als Forum genutzt hatten. Offenbar wird der Tageszeitung trotz sinkender Auflagen noch immer eine große Bedeutung als meinungsbildendes Medium zugeschrieben.

Trotz der recht tumultuösen Zeiten gaben sich die Kollegen große Mühe, ihren deutschen Gast gut zu integrieren. Die Arbeitsbedingungen waren ideal, vom ersten Tag an hatte ich ei-

nen Computer und ein Telefon und hätte sogar ein eigenes Büro gehabt, habe es aber vorgezogen, mit den anderen im Newsroom zu arbeiten. Auf meine Begrüßungsemail an die Redaktion meldeten sich viele Kollegen zurück, bei meine Lunch-Dates habe ich so auch einen Eindruck von der Arbeit anderer Ressorts bekommen. Auch die Kollegen aus anderen Ressorts waren sehr hilfsbereit und haben mich mit Tipps und Kontakten bei der Recherche unterstützt. Ich konnte an allen Konferenzen teilnehmen und die Kollegen luden mich ein, wenn ein Redaktionsbesuch anstand – zum Beispiel der von Cory Booker. Das ausgedehnte deutsche Konferenzwesen kennt der Inquirer nicht. Die Koordination der Tagesausgabe schaffen die amerikanischen Kollegen in einer viertelstündigen (Telefon-)Konferenz der Ressortleiter, der Online-Redaktion und der Regionalbüros um 11 Uhr. Die Meinungsredaktion tagt zwei Mal in der Woche für etwa eine Stunde zur Themenplanung. Alle anderen Absprachen erfolgen spontan per Email.

Für den Philadelphia Inquirer habe ich Essays und Meinungsstücke geschrieben, die auf der Op-ed-Seite und in der Wochenendbeilage „Currents“ erschienen sind. Der Redakteur, der die Wochenendausgabe betreut, räumte mir bereitwillig Platz auch für längere Stücke ein. An dieser Stelle erschienen auch zwei analytische Stücke zur Bundestagswahl. Zwar hatte ich der Politikredaktion Nachrichtenstücke angeboten, mehr als eine kurze Agenturmeldung brachten die Kollegen aber schließlich nicht unter. Einmal habe ich auch ein Editorial übernommen.

Für den Tagesspiegel habe ich hauptsächlich längere Reportagen und Magazingeschichten geschrieben, von denen einige noch nicht erschienen sind. Zwei Geschichten habe ich genutzt, um auch das ländliche Amerika kennen zu lernen – eine Geschichte über einen Polizeichef, der eine Pro-Waffenrechte-Miliz im verarmten Hinterland von Pennsylvania gegründet hat, und eine Geschichte über einen Farmer im Norden von New Hampshire, der mit seiner Weigerung, sein Land zu verkaufen, ein großes Vorzeigeprojekt blockiert, den Bau einer Stromleitung, die die USA mit kanadischer Wasserkraft versorgen soll. Für die Wissen-und-Forschen-Redaktion habe ich ein längeres Feature über die Folgen der stetig steigenden Studiengebühren in den USA geschrieben und im Sonntagsmagazin werden noch ein Stadtporträt von Atlantic City anlässlich der Rückkehr des Miss-America-Contests sowie mehrere Geschichten über amerikanisches Essen erscheinen. Nach New York und den Großstädten in Kalifornien kann Philadelphia zu den kulinarischen Hauptstädten der USA gezählt werden, besonders die Bierkultur ist großartig. In der New York Times habe ich anlässlich des Erscheinens der jüngsten Ausgabe des Duden ein Stück über Anglizismen in der deutsche Sprache veröffentlicht. Dass trotz schrumpfender außenpolitischer Teile trotzdem noch ein großes Europa-Interesse in den USA herrscht, zeigen die vielfältigen Reaktionen auf diesen Text. Er schaffte es sogar auf Platz eins der „Most-emailed-Liste“ der Onlineausgabe am Erscheinungstag. Kontakt zur New York Times habe ich übrigens, weil es einen Burns-Alumnus, den ich vor ein paar Jahren beim Tagesspiegel kennen gelernt habe, dorthin verschlagen hat. Wir haben uns in New York getroffen, bei dieser Gelegenheit habe ich auch einen kurzen Einblick in die Newsroom-Organisation der NYT bekommen.

Das journalistische Arbeiten in den USA habe ich insgesamt fast als einfacher empfunden als in Deutschland. Zwar ist es als ausländischer Journalist naturgemäß schwieriger, Interviews mit Prominenten oder Politikern zu bekommen, zumal, wenn man für eine mittelgroße Zeitung arbeitet, die in den USA niemand kennt. Die Informationsfreiheitsrechte aber sind stärker, Ich hatte den Eindruck, dass Anfragen an Behörden nach Zahlen, Daten und Fakten schneller und unkomplizierter beantwortet wurden als es oft in Deutschland der Fall ist und auch bei Unternehmen und NGOs eine andere Auskunftskultur herrscht. Die Kehrseite der Medaille ist der erschreckend gering ausgeprägte Datenschutz. Straftatenregister und Listen von Ordnungswidrigkeiten etwa kann man im Prinzip für jede Person einsehen, von der man

den Namen und das Geburtsdatum kennt. Webdienste betreiben Metasuchmaschinen und werben damit, hier könne jeder alle dunklen Geheimnisse seiner Nachbarn, Verlobten oder Eltern erfahren. Der Philadelphia Inquirer beschäftigt zwei Investigativjournalisten, die auf die Arbeit mit den diversen öffentlich zugänglichen Datenbanken spezialisiert sind.

Die Stadt Philadelphia ist ausgesprochen sympathisch und lebensfroh, auch, wenn das in anderen Teilen Amerikas noch nicht so bekannt ist und viele Philadelphia weiterhin mit der hohen Kriminalitätsrate der 90er Jahre assoziieren. Das Lebensgefühl ist gerade in der City mit seinen Backsteinreihenhäusern, zahllosen Straßencafés, Ateliers und Clubs ziemlich europäisch – nur optimistischer. Untergekommen bin ich als Untermieterin bei einem älteren Kollegen und seiner Frau, beide haben deutsche Wurzeln und Chris suchte nach jemandem, mit dem er sein sehr gutes Deutsch praktizieren konnte. Das Wohnen mit Familienanschluss kann ich nur empfehlen, von den beiden habe ich viel gelernt und wir werden den Kontakt sicher halten.

Abgereist bin ich mit dem seltsamen Gefühl, noch längst nicht fertig zu sein: mit dem Reisen, dem Verstehen, dem Schreiben.

Da hilft wohl nur Wiederkommen.

## **Während des Fellowships erschienene und recherchierte Texte**

---

### **Who Won the German Election?**

Erschienen in The Philadelphia Inquirer, 29. September 2013

At first glance, the big winner of the German election seems obvious. There she is in the spotlight: Angela Merkel, chancellor of the German republic. In the general election held last Sunday, her conservative party won 41.5 percent of the vote, up from 33.8 percent in 2009, failing to secure an absolute majority in parliament by a hair's breadth. Her political competitors are left on the track, eating her dust. The Social Democrats have been unable to recover from their historic defeat four years ago. The Green Party has suffered major losses. Even the small liberal party that helped form Merkel's previous coalition didn't make it into parliament this go-round.

At a second glance, however, the picture becomes blurry. In fact, due to the horrors and beauties of Germany's proportionate voting system, there doesn't seem to be a big winner.

German political wonks look condescendingly at U.S. politics. In the American system, they argue, those who vote for a candidate who eventually loses go unrepresented, while in a proportionate system such as Germany's, most voters' views are represented to some extent. Critics cite the work of Arend Lijphart, a Dutch American political scientist who compared various electoral systems and concluded that consensus democracies were "kinder, gentler." For example, they are better at bridging cleavages in ethnically or religiously divided societies, Lijphart argues. The results of the recent German election, however, are a good reminder of the flaws of that system.

In the United States, the winner is usually decided on election night, but in Germany, it ain't over when it's over. It takes weeks for winners and losers to emerge, as the terms and conditions of a new government coalition are negotiated. This, of course, leads to median positions and compromise - to the extent that voters' original intentions can be neglected or ignored.

Merkel's reelection, for example, could be read as expressing the electorate's wish to see her continue governing as she has for the last four years. However, since she has lost her coalition partner and failed to gain the absolute majority, she will have to form a government either with the Greens or the Social Democrats. Representatives of both parties were quick to initiate the poker game, implying either a complete unwillingness to negotiate or an intention to raise the stakes to a very costly level. Merkel will have to make great concessions to win either as a partner, thus disappointing the 41.5 percent of Germans who voted for the status quo.

At the same time, one could argue that 42.7 percent of voters rejected Merkel's conservatives. They opted instead for one of the three most important parties on the left, thus hoping for more progressive and distributive policies than what Merkel offers. However, the Greens and Social Democrats have refused to form a government with the third left-wing party, *Die Linke* (The Left). As a successor of the socialist party that ruled the former East Germany, *Die Linke* is still considered untouchable, at least on the federal level. But refusing to join forces could be seen as ignoring a portion of the electorate's wish.

Finally, this election has seen an unusually high number of votes cast for small parties that did not make it into the parliament at all. Fearing political fragmentation, the German founding

fathers of 1949 created the so-called 5 percent barrier. Each party must gain at least 5 percent of the vote to earn seats in parliament. This year, about seven million of the 60 million Germans eligible to vote opted for parties that failed to meet that threshold.

Germany's electoral system has provided enormous political stability for more than 60 years. It is very likely then that by Oct. 22, the deadline set by the constitution to form a new government, a new governing coalition will be formed. It is also likely that, at least in comparison with the United States, the compromises that will be achieved in the process will serve as a much stickier glue to hold together society than the American winner-take-all electoral system could ever produce. It would be dangerous, however, to yield to arrogance and to forget the many Germans whose political wishes will be disappointed.

## Campaigns point to cautious German foreign policy

Erschienen in „The Philadelphia Inquirer“, 15. September 2013

Next weekend, on Sept. 22, German voters will elect a new parliament and thus determine who will head the country as chancellor for the next four years. Odds are, Angela Merkel is going to win a third term. If things are all set up, you might say, why bother paying attention? Because this campaign says more about what Americans expect of German foreign policy than the actual results.

Merkel's lifeline has been pretty flat over the last months, and from her party's point of view, this is an excellent diagnosis. In the polls, the conservatives have been meandering around the 40 percent mark. This resembles the beat of the conservative campaign, which goes: Avoid all excitement, avoid all battles. Nothing seemed to shake Merkel's popularity, neither her non-reaction to the U.S. National Security Agency's doings in Germany and Europe nor her failure to coordinate the European Union's position on Syria. So far, she has run a campaign as smooth and unsurprising as vanilla pudding.

However, each proper election campaign has its spoonful of odd moments, even this one.

One was when German punk-rock legend Campino complained that both major candidates, Merkel and the Social Democrats' Peer Steinbrück, were playing one of his band's songs at their rallies. This seemingly minor incident is loaded with meaning: In Germany, political positions have become broadly interchangeable. Everyone agrees that gay couples should have more rights. Everyone sees the need for some sort of a minimum wage. And nobody minds punk music. In Bavaria, your supporters will start to *schunkel*, that is, jovially sway from one side to the other while sitting on a bench in a beer tent. In Hamburg, they will bang their heads. But no one will leave the room.

The German people are hungry for harmony. This is key to understanding Merkel's success: She might lack in charisma and big ideas, but her serenity perfectly suits an electorate that fears nothing more than change. At the same time, this is a cue to the probable development of Germany's international role in the years to come - and an answer to the question of what kind of a partner Germany will be to the United States.

Regardless of the election outcome, Germany is unlikely to participate in any major military action in the near future. Both Merkel and Steinbrück have made it clear on various occasions that they favor a "diplomatic solution" in Syria - and both seem deeply relieved that something resembling such a solution miraculously popped up.

Both in Europe and around the globe, Germany under Chancellor Merkel has focused on a foreign policy mainly driven by its economic interests. This has been the reason for Germany's dedication to solving the euro crisis, as the country is one of the main beneficiaries of the common European market. Germany also has intensified ties with China, one of its most important trade partners, and has maintained reasonably good relations with Russia, which is crucial to meeting Germany's energy demands.

Human-rights issues, as well as development and nation-building efforts, have all but vanished from the agenda. Once boasting about the initial success in the improvement of women's rights and economic development brought about with the help of German troops and nongo-

vernmental organizations in Afghanistan, Germany is now sneaking out of the Hindu Kush as quietly as possible. From this point of view, there is nothing at stake for Germany in Syria, as there was no national interest in Libya.

In the United States, there has been much discontent with Germany's attitude. However, from an American perspective, Germany's foreign policy has had its upsides, too. Just as she is on domestic issues, Merkel is reliable and predictable in the international arena. When Edward Snowden revealed that the NSA was spying on its European partners, Steinbrück demanded a postponement of negotiations for the Transatlantic Free Trade Agreement. Merkel went ahead with them, as planned.

At the same time, Germany's foreign-policy path is not new. It follows a general trend toward demilitarization in the West. In 2012, the overall military expenditure had dropped for the first time since 1998 in the Western countries. The polls clearly show that Americans are tired of war, and the British Parliament was not eager to intervene in Syria.

Thus, in the end, the question might not be, will Germany stand at America's side during its next military campaign? But, instead, will there even be a campaign in which America needs partners?

## **Learn from Europe's mistakes on environment**

Erschienen in „The Philadelphia Inquirer“, 3. September 2013

President Obama recently renewed his vow to make energy policy a core issue of his second term. Activists and pundits alike have endorsed his commitment, as well as the concrete ideas he has put forward. While Obama reassures America that he will soon give momentum to the "energy pivot," Europe is already spinning from its own. The European Union has pledged to reduce greenhouse gas emissions 20 percent by 2020. Germany has promised an even greater reduction.

My country is often portrayed as a model of environmental awareness. Liberal Americans get excited about our public transportation system, our recycling efforts, and our very successful green party. However, when it comes to energy policy, much of Germany's superhero image doesn't hold up to scrutiny. Chancellor Angela Merkel has often been the one to step on the brakes, but both the European Union and Germany have been too timid in erecting the bold architecture needed to stop global warming - leaving Europe with an inefficient and even counterproductive bureaucratic scaffolding instead.

Before Obama embarks on a new effort to fulfill his environmental commitments, he should consider some of Europe's mistakes.

In his June speech at Georgetown University, Obama confirmed that he still wants to pursue a bipartisan initiative to create a cap-and-trade system for carbon emissions. A bill was passed by the House in 2009, but didn't make it through the Senate. The European Union passed a plan in 2005.

The point of cap-and-trade is to make it expensive for companies to emit greenhouse gases. (It currently costs U.S. companies nothing.) In order to reach this goal, a basic rule of market economics is applied: Scarce goods are expensive.

In the EU plan, companies are forced to participate in a stock market-like system in which the overall amount of emissions is artificially capped. The companies buy "shares" that allow them to emit a certain amount of carbon gas. The hope is that companies will strive to spend as little as possible on shares - and thus reduce their emissions. Unfortunately, many countries handed out too many emission certificates for free to their most energy-consuming industries, thus undermining the scarcity principle - even contradicting it in some cases. According to the Federal Environmental Agency, the German government gave away so many certificates that German companies actually made money from selling their spare "shares" back to the market. Under such a system, of course, there's no need to cut emissions.

At Georgetown, Obama also applauded the U.S. auto industry for building more fuel-efficient vehicles, adding that he expects more technological innovation. This, too, follows on efforts by the EU, which had readjusted its already limited car emissions just before the summer break, hoping to spur innovation in energy efficiency. But here again, the German government undermined the hopes of environmentalists.

Companies such as BMW and Daimler only have to meet the emission limits based on their whole fleets, not on individual models. Thanks to the efforts of the German government, the EU allows automakers to average the emissions from its smaller, more energy-efficient cars

with those of the huge, gas-guzzling super-cars at the other end of their portfolio. It was the larger vehicles that the EU initially meant to target when introducing emission limits. Here, again, nothing is won for the environment.

A third element of Obama's environmental plan is subsidies. The president has announced that he wants to shift more government subsidies from oil companies to renewable-energy producers. In Germany, renewable energy has been heavily subsidized for years. A tax was created based on the price difference between the more expensive renewable energy and the less expensive old energy, helping to lower the market price of green power.

At first, the tax worked. More and more consumers opted for renewable energy, the green companies grew, and, as of July, green energy makes up 22.4 percent of the country's energy consumption. That's a growth of five percentage points in three years. However, the redistribution system has been flawed by its own success.

Today, due to its strong growth, the net market price of renewable energy is actually lower than the price for energy from coal and gas - and the gap is widening. Consumers don't feel that, however, because the tax keeps rising and the old power companies pass the fees to their costumers. The German government, however, has so far failed to reform the lopsided mechanism.

To sum up, one could say that many green policies are today easing Germany's environmental conscience, but doing little for its actual environment. The lesson Americans might take along on their path toward a more sustainable energy policy is: Keep it simple. And if you go for it, go all the way. After all, isn't that what America is good at?

## Writer presaged today's debate on privacy

Erschienen in „The Philadelphia Inquirer“, 18. August 2013

In a small store on C Street near Capitol Hill, a tiny woman in her 50s is selling antique books and American doom.

"That is just the latest anecdote of this awful age we live in," she is telling a customer, as I enter her labyrinth of yellowing knowledge. I quickly proceed to the back room. "Whatever we had for a Constitution is gone," I can hear her say.

On a cupboard tagged "political sciences," a 1977 first edition of Ronald Dworkin's essay collection, *Taking Rights Seriously*, is patiently awaiting adoption, and while I carefully detach the book from the pile, hoping not to unleash a landslide of philosophy, I wonder what he would have replied to the owner's assessment of the State of Nation.

Dworkin, a scholar of constitutional law and philosophy at New York University, passed away in February at the age of 81 - a few months before Edward Snowden revealed insights into the scope of the National Security Agency's surveillance technology. As far as I know, Dworkin has not commented on whistle-blowing, nor on surveillance, nor on the right to privacy. But I have a notion that he would have objected to some of the arguments frequently used in the current debate.

The U.S. government has offered two lines of defense for the mass data collection and analysis. The first is, essentially, spying is useful. Shortly after the story broke, President Obama stated that the NSA programs helped to prevent at least 50 terrorist attacks, a statement supported by, among others, Gen. Keith Alexander, the NSA director. The second line is: The NSA's actions are covered by legislation, including the Patriot Act and the Foreign Intelligence Surveillance Act. Obama has stressed that the programs were authorized both by Congress and by courts. Only last week, an NSA spokeswoman said in the *New York Times*, "In carrying out its signals intelligence mission, NSA collects only what it is explicitly authorized to collect."

In fact, there is no evidence so far that the government has misinterpreted, misused, or violated the law. Still, many citizens share an intuition that something is wrong. And this is where Dworkin comes in.

Dworkin took moral intuitions just as seriously as the written law. He argued that there are individual rights and moral principles that precede institutional law - including the U.S. Constitution - and that cannot be overridden by any legislation. According to Dworkin, contradictions between the law and individual rights arise because governments and individuals apply two different sets of logic. While the government strives to maximize the general welfare ("spying prevents terrorist attacks"), individuals have a right to maximize their personal welfare ("I want my phone calls to be private"). For Dworkin, however, interests can never outweigh rights. "In order to save them (i.e. individual rights), we must recognize as competing rights only the rights of other members of the society as individuals," he wrote in 1970.

Dworkin developed his philosophy of law against the background of the civil rights movement of the 1950s and '60s. He discusses, for example, whether the government may limit a

citizen's freedom of speech if the person is calling others to defend their rights using violence (his answer is "no"), or in what situations it might be right to break the law. But his thoughts apply to current events, as well. Does the rather speculative benefit of mass surveillance justify the violation of our right to privacy? Could one say that Snowden has acted righteously, though he has acted against the law? Are these cases concerning moral principles in the Dworkian sense, meaning that they outweigh mere legislation? Briefly: Is the law just?

Unfortunately, Dworkin's directions to detect concrete moral principles ranking above the law are rather vague. His general deduction of their existence is elaborate and sound - but it does not immediately answer the question whether privacy can count as such a moral principle. As the polls show, people's intuitions on this question diverge, too. Morality can be a blurry thing - thus relying on unspecified moral principles bears dangers, too.

(Re-)reading Dworkin might do some good, anyway. He is one of the most outspoken critics of legal positivism, which separates the law from morality or justice, a position that has considerably gained in strength since 2001. Many political leaders seem to have forgotten one of the most important lessons to be learned from the civil rights movement: "It's the law" is not a sufficient argument.

When I reemerge from the book, the woman's rant on "this awful age we live in" has subsided. She looks up from a copy of *Macbeth*, and smiles as I put Dworkin on the counter. "That's a good one," she says.

## **The universe stops and stares at the child born**

Erschienen in „The Philadelphia Inquirer“, 5. August 2013

No doubt you have heard about the birth of Britain's Royal Baby. The media, camped out for weeks at St. Mary's Hospital in London, wasted no time breaking the news of the "historic moment," the climax of the "royal fairy tale," to a world that had followed every kick of the pregnancy. In Britain, royal baby cups and plates have spurred the economy, and if you haven't ordered your life-size commemorative baby doll, better act fast. The awe is nearly religious. The universe is staring at the child born.

One plausible explanation for this outburst is the general interest in royalty. The existence of real royals in the 21st century causes the same kind of fascination as dinosaur skeletons at the Smithsonian. They are an oversize remnant of some distant history, miraculously brought upon us, the humble inhabitants of now. And, of course, Kate and William have the extra benefit of not looking dusty and spooky, but instead seeming the perfect friends/neighbors/son-and daughter-in-law.

But there's another way to look at the phenomenon, one based on the future rather than the past: It is not the royal part of the royal birth that has caused the tsunami of attention over little Prince George - it is rather the birth itself.

The birthrate in the United States has declined from 23.7 per 1,000 citizens in 1960 to 13.3 in 2012, according to the World Health Organization. Among the non-Hispanic population, it is even lower, with only 12.5 children born to every 1,000 Americans in 2008, according to the U.S. Census Bureau. The same statistics show that, in 2010, one American child in five had no siblings. Other Western countries are shrinking at a much faster pace. The birthrate in Germany, for example, was 8.43 per 1,000 in 2012. The result: Every birth has become a historic moment, a once-in-a-lifetime event.

The less children are born, particularly among the well-off, the more attention they receive. And the stronger people feel about something - or someone - the more money there is to be made. Though some parts of the baby industry suffer from declining birthrates (there is only so much organic carrot and apple mush a baby can eat), per-capita spending on children's goods has generally increased, despite the financial crisis. That the well-paid parents who waited to have their baby buy strollers with four-digit price tags and book musical education classes for toddlers has become a cliché of big-city life from Berlin to New York. Today, every baby is a prince.

Does that mean we are raising a generation of narcissists? The opposite could be true, too. Parallel to an increase in spending, expectations are rising. In the days of big families, Joe would be a great sportsman, Mary would excel in math, and Bob could be a lovable and sunny chap even if he showed no particular talent. All together, they added up to a lot of parental pride.

For the single child, however, pride production is a lonesome and straining business. The same applies to the national family: Poor little George, third in line to the throne, is expected to become "an important part of the crown's future." His less-well-off fellow newborns will have to be faster, smarter, and more productive than their parents to secure the shrinking country's prosperity in a globalized economy and to pay for the baby boomers' nursing homes, to mention just a pair of items on a long to-do list. These days, every baby is expected to be a future king.

Perhaps the royal birth is a good moment to pause and adjust our expectations - for the sake of the mental health of all those little Georges and Georginas out there. Naturally, a new life is the most wonderful thing in the world. But it should be the most ordinary thing, too.

## How to Say Blog in German

Erschienen in The New York Times, 25. September 2013

WE Germans owe the English language a debt of gratitude. If English didn't lend us one or two little words every once in a while, we would probably call blogs "digitale Netztagebücher" and apps "Anwendungen für mobile Endgeräte." Even for German speakers,

Such linguistic borrowing has been increasing, as technology both creates its own new words and facilitates the global spread of newfangled cultural terminology. Recently the editors of the Duden dictionary, the German equivalent of the Oxford English Dictionary, [added](#) 5,000 new words to its 26th edition, many of them English or of English origin, including "digital native" and "flashmob."

The Duden has been around since 1880, and this isn't the first time English words have been added. But the new edition has caused an uproar among linguistic conservatives. After the additions were announced, the German Language Society, an unofficial organization that has tasked itself with protecting the German language, voted the editors of the Duden the "language adulterers of the year," accusing them of legitimizing the demise of German.

Most Germans are more liberal in their linguistic views and generally agree that the idea of protecting a country's language is as megalomaniacal as it is futile.

It certainly doesn't represent the view of the majority of my generation, the 20- and 30-somethings, who generally have a relaxed relationship with both languages. Our parents associated German music with Nazi propaganda and opted for Springsteen-only musical diets, but we embrace the renaissance of German pop and rap lyrics. At the same time, we see no harm in integrating English words into our language.

But the society's stance has nevertheless touched a chord across German society, particularly among people you might call anti-cosmopolitans: those who feel unable to keep up with an internationalization they feel is being imposed on them.

That the reaction should come now, in a rapidly homogenizing Europe, is unsurprising. The feeling of speaking increasingly marginalized languages is vivid in many parts of Europe, even in countries with large populations of native speakers like France and Germany.

Of course, the motives for defending one's language differ from country to country. In France, it is part of a quest to bolster the country's self-perception as a still-functioning colonial power. It is government policy that radio stations must play a certain minimum amount of French music.

In Germany, the driving force comes from the opposite direction. Refusing to accept the internationalization of the German language is a way of rejecting internationalization as a phenomenon. It is a nativist attempt to stand up to globalization.

Walter Krämer, the president of the society, articulated this point of view when he lambasted the Duden for including Anglicisms commonly used by "braggers" — what in previous generations might have been called yuppies. There is some truth in that. The frequent use of English words has become a status symbol, not unlike a pair of pearl earrings or shopping at Whole Foods, a way of showing off your education. A way of saying that your world is bigger

than that medium-size country in the middle of Europe that doesn't even have the guts to support military action in Libya or Syria.

In Germany as in America, it is easy to make fun of such people. But as the German sociologist Ulrich Beck noted recently, cosmopolitanism is a reality, not a willfully chosen identity. There are those who will continue to embrace it and those who will see it as a threat, but it can't be turned back, even if one insists, as the German Language Society does, on calling a laptop a "Klapprechner."

As any English speaker fond of the term "schadenfreude" knows, German has its own share of wonderful, untranslatable words. One of those, "Zeitgenossen," is particularly apt for the moment. If you look it up in a German-English dictionary, you will find that it means "contemporaries," those who happen to live in the same day and age. But it means more than that. The German word "Genosse," meaning "comrade" or "associate," also implies a mutual responsibility.

Thus "Zeitgenossen" share a responsibility toward one another as well as toward the age they live in. It is an attitude that sees languages as complementary, not competitive, and sees the world as a continuum of cultures, rather than a set of distinct borders. It is an attitude I wish more of my fellow Germans would adopt.

Again, English, thanks for "digital natives." In return, you can have "Zeitgenossen." It's yours. Take it. It is a wonderful linguistic paradox that one of the nations that currently struggle with the idea of cosmopolitanism should be able to express it best.

## **Obamas schillernder Freund aus New Jersey**

Erschienen als Poträt auf der Meinungsseite in „Der Tagesspiegel“, 17. Oktober 2013

Nach wenigen Minuten hat er sie alle. Ein Zwinkern hier, ein verschwörerisches Lächeln da: Wenn Cory Booker im Wahlkampf auf Menschen trifft, sucht er direkten Blickkontakt. Dazu serviert der Bürgermeister von Newark, New Jersey, markige Worte: Im amerikanischen Schulsystem herrsche die „Apartheid“, die Zustände im Kongress seien „unhaltbar“. Am gestrigen Mittwoch war Wahltag: Booker wurde zum Senator gewählt. Er siegte mit einem Vorsprung von 10 Prozentpunkten vor seinem republikanischen Konkurrenten. Manche trauen ihm jetzt schon mehr zu: Die „Washington Post“ zählt ihn zu den potenziellen demokratischen Präsidentschaftskandidaten 2016.

Die Unterstützung des jetzigen Präsidenten hat er schon einmal. Barack Obama kann gute Freunde im Senat gebrauchen, in dem er nur eine knappe Mehrheit hält, und Booker gehört zu den Obama-Verbündeten der ersten Stunde. Im Senatoren-Wahlkampf in New Jersey standen Booker Präsidentenberater zur Seite und in dieser Woche verschickte Obama sogar eine Videobotschaft: „Wählen Sie einen Mann mit einem ungewöhnlichen Charakter. Wählen Sie Cory Booker.“

Das mit dem „ungewöhnlichen Charakter“ könnte man allerdings auch als präsidialen Seitenhieb auf Bookers zunehmende Starallüren lesen. Mit der Hilfe von Unterstützern wie Oprah Winfrey und Facebook-Gründer Mark Zuckerberg sammelte er 11,2 Millionen Dollar ein. Mehrfach erschien Booker nicht zu Bürgerveranstaltungen in New Jersey, sondern traf stattdessen Berichten zufolge prominente Unterstützer aus Hollywood und dem Silicon Valley. Seine politische Biografie liest sich fast wie das Drehbuch zu einer Satire: Einmal ging er zehn Tage lang in den Hungerstreik, um auf Missstände aufmerksam zu machen, ein anderes Mal lebte er von Essensmarken. 2012 rettete er eine Nachbarin aus ihrem brennenden Haus. Zuletzt machte der unverheiratete Hyper-Twitterer Schlagzeilen, weil er auf die Tweets einer Stripperin antwortete („Die Ostküste liebt dich und mit Ostküste meine ich mich“). Seine Sprecherin sagte, Booker suche eben Kontakt mit Menschen „in den unterschiedlichsten Lebenssituationen“.

Dass er Ambitionen auf die Präsidentschaft habe, dementierte Booker im August. Auch andere haben es sich nach solchen Dementis innerhalb kurzer Zeit noch einmal überlegt. Zum Beispiel Barack Obama. Allerdings konnte Cory Booker die hohen Erwartungen bei der Senatorenwahl nicht ganz erfüllen. Ein Vorsprung von 10 Prozentpunkten erscheint zwar viel, hätte in der Demokratenhochburg New Jersey und gegen einen schwachen Gegenkandidaten aber noch höher ausfallen können. Doch wahrscheinlich wird Booker es auch als Senator schaffen, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

## **Rebell der Wildnis**

Erschienen als „Seite Drei“ in „Der Tagesspiegel“, 27. Oktober 2013

Er hält inne und blickt über das Tal. Der Wind zaust die Goldruten, die in Büscheln aus einem Meer von rötlichen Gräsern ragen. Tannen und Felsbrocken strukturieren den Hang zu seinen Füßen. Weiter unten zieht die Herde langsam bergauf. Eine kleine Gruppe von Kühen trennt sich vom weiß und schwarz gefleckten Strom und bleibt stehen, um zu grasen. Das hier ist ihm der liebste Ort auf seiner Farm. An klaren Tagen, sagt Rod McAllaster, sieht man von hier den Mount Washington. Er zeigt hinüber zu der Bergkette, die am Horizont blaue Wellen schlägt. Es ist ein Tag im Spätsommer. Das Laub der Ahornbäume hat sich rot verfärbt, früher als sonst, es war ein trockenes Jahr.

Manche seiner Wiesen sind noch nicht hoch genug für das dritte Mähen. Der Farmer kneift die Augen zusammen, studiert den Himmel und sagt: „Ich will gar nicht reich sein.“ McAllaster hofft auf Regen.

Rod McAllaster ist Milchlandwirt in vierter Generation auf diesem Stück Land weitab von allem, im Norden von New Hampshire, nahe der Grenze zu Kanada. Wenn er wollte, könnte er Millionär sein. Der Hügel, auf dem er steht, ist vier Millionen Dollar wert. Das, sagt er, war das letzte Angebot, das ihm die Northern-Pass-Gesellschaft für diesen Teil seiner Farm gemacht hat. Northern Pass ist eine gemeinsame Tochtergesellschaft der Northeast Utilities, des größten Stromanbieters im Nordosten der USA, und von Hydro Québec, einem Wasserenergie-Riesen aus Kanada. Gegründet wurde Northern Pass für die Planung und Durchführung eines 1,4-Milliarden-Dollar-Projekts, den Bau einer neuen Hochspannungsleitung. Über 180 Meilen weit soll Wasserenergie aus Kanada in den Nordosten der USA transportiert werden, montiert auf bis zu 42 Meter hohe Türme, quer durch New Hampshire und das Naturschutzgebiet der „White Mountains“, einen der schönsten Nationalparks in den Appalachen. Seit 2010 bemüht sich Northern Pass, Ländereien und Wegerechte in der Region zu kaufen – ein schwieriges Unterfangen. Die meisten Bewohner der Region sind gegen das Projekt, außerdem stehen viele Grundstücke unter Naturschutz. Der Hügel von Rod McAllaster liegt zwischen mehreren Umweltschutzgebieten und sollte der Hochspannungsleitung als Passage dienen. Doch McAllaster weigerte sich, zu verkaufen.

Indian Stream heißt die Region nahe der kanadischen Grenze, in der McAllasters Farm liegt. Der „Bluegrass“-Komponist Bob Amos nennt sie in dem Song „The Hills That I Call Home“ den Ort, „wo der Zuckerahorn wächst und die steinigen Flüsse fließen“. „Bluegrass“ ist beliebt hier, eine Variante des Country mit Wurzeln in Irland und Schottland. Die Gegend ist dünn besiedelt. Im Winter knattern Touristen aus Boston und New York auf Schneemobilen über die Pisten im Wald. Außerhalb der Ferienzeiten ist es still.

Morgens um zehn Uhr lehnt Rod McAllaster vor dem Stall an seinem Pick-up und trinkt Kaffee. Bis in die frühen Morgenstunden haben er und sein Sohn Paul gearbeitet, jetzt ist er wieder auf den Beinen, das erste Melken steht an. Wenn das Heu gemacht wird, müssen ein paar Stunden Schlaf reichen. Für einige Wochen beschäftigen Rod und Paul jetzt eine Hilfskraft. Den Rest des Jahres bewirtschaften sie ihre 400 Hektar Land allein. 150 Kühe haben sie, 80 werden täglich zwei Mal ein- und ausgetrieben und gemolken. Richtig viel Geld verdienen sie mit der Farm nicht, aber sie überleben. Statt an die Northern-Pass-Gesellschaft zu verkaufen, schloss McAllaster einen Vertrag mit der Forest Society, einer Umweltschutzorganisation, die Teile seiner Ländereien unter Naturschutz stellte. Über die nächsten Jahre wird die Forest So-

ciety ihm dafür 825 000 Dollar zahlen, ein Viertel von dem, was ihm der Stromkonzern geboten hatte. Von der ersten Ausschüttung hat er eine neue Heumaschine gekauft, außerdem will er den Kuhstall erweitern. „Das Geld hilft, damit die Farm überlebt“, sagt McAllaster.

Im Halbdunkel des Stalls verscheuchen die Kühe mit tragem Schwanzschlag die Fliegen. Paul, 34 Jahre alt, kurzer, rötlicher Bart, eilt den Mittelgang entlang, in jeder Hand zwei Melkadapter, lange Schläuche, von denen die Halterungen für die Zitzen baumeln wie tote Tintenfische. Er steckt einen der Schläuche an die Vakuumsauganlage, die die Milch vom Tier zum Tank befördert, geht neben einer Kuh in die Knie und befestigt die Schläuche an den Zitzen. Rod McAllaster greift sich eine Schaufel und rammt einer liegenden Kuh den Stiel in die Flanken. Das Tier hievt sich hoch. 80 Kühe in einem Stall, sagt der Farmer, das ist so, als kämen 80 Leute zusammen. Jede gibt anders Milch, jede hat einen eigenen Charakter. So eine Kuh, sagt er, ist Hightech, blöd, aber kompliziert. Man muss sie bei Laune halten.

Etwas abseits von den anderen Kühen liegt ein Angus-Rind. Ein Tier dieser Rasse zieht McAllaster jedes Jahr „für den Kühlschrank“ auf. Es ist das einzige Tier, das den Stall nie verlässt. Wenn es groß genug ist, wird er es im staubigen Hof vor dem Stall schlachten. Er wird es mit einem Kopfschuss töten, die Kehle des Tiers durchschneiden und es ausbluten lassen. Weitere Schnitte zertrennen die Haut entlang der Hinterläufe bis zum Rücken, sie lässt sich dann gut von hinten nach vorne abziehen. Zum Zerteilen des Körpers benutzt McAllaster eine kleine Motorsäge. Die besten Teile kommen als Steaks in die Pfanne. Weil sich das Rind wenig bewegt hat, ist sein Fleisch so zart, dass man es mit der Gabel zerteilen kann, sagt McAllaster.

Rod McAllaster hat Indian Stream noch nie verlassen. Die Highschool hat er in Colebrook besucht, ein paar Meilen den Berg hinunter an der Landstraße. Aus diesem Ort kam auch das Mädchen, das er heiratete. Nach dem Tod seines Vaters übernahm er die Farm.

Auf zwei Dinge, singt der „Bluegrass“-Sänger Bob Amos, kann man sich verlassen in dieser unordentlichen Welt. Jede Jahreszeit geht einmal zu Ende. Und jeder Mensch hat seinen Platz.

Auf dem Satellitenbild verschwimmen die Goldruten und Tannen, Felsen und Kühe auf McAllasters Farm zu einer grünbraunen Fläche. Die Naturschutzgebiete zu beiden Seiten davon sind auf dem Computerbildschirm mit einem helleren Grün markiert. Dazwischen durchziehen nummerierte rote Punkte die Landschaft, DC 214, DC 215, DC 216, D 217, die geplanten Strommasten. Während die McAllasters nach dem Melken die Kühe auf die Weide treiben, herrscht im Gemeindehaus von Pittsburg, 30 Meilen entfernt, großer Andrang. Northern Pass hat zum „Open House“ geladen. Bei der Veranstaltung können sich die Bürger über das Bauprojekt informieren. Auf der Straße hält ein Ehepaar Protestschilder in die Höhe: „Stop Northern Pass.“ Drinnen lehnt sich Paula Fletcher, eine Pfarrerin aus Colebrook, über die Schulter eines untersetzten Mannes in Hemd und Krawatte. Jim Wagner, Hochbauingenieur bei Northern Pass, rückt mit der Maus die Ländereien von Rod McAllaster entlang der Kette aus roten Strommasten an den oberen Rand des Bildschirms, dafür erscheinen unten graue Rechtecke, die Häuser von Colebrook, und weitere Strommasten. „Kann ich die von meinem Haus aus sehen?“, fragt die Pfarrerin. Wagner zieht mit der Maus eine Linie über den Bildschirm. Ein Fenster mit Geodaten öffnet sich. „Straße auf 900 Fuß, Strommasten auf 1000, sehr starke Steigung auf kurzer Strecke“, fasst Wagner zusammen. „Nein, die werden Sie nicht sehen.“

Trotz der Weigerung von Rod McAllaster, sein Land zu verkaufen, setzt das Unternehmen die Vorbereitungen für den Bau fort. In dem kritischen Streckenabschnitt über die Farm will Nor-

thern Pass die Kabel nun unterirdisch verlegen, auch wenn die 7,5 Meilen Tunnelbau nach Angaben des Unternehmens zu Mehrkosten von 110 Millionen Dollar führen werden.

Im Gemeindehaus haben Mitarbeiter von Northern Pass Stände mit Plakaten und Broschüren aufgebaut. Mike Skelton, der Sprecher der Gesellschaft, schüttelt Hände. Er sei zuversichtlich, dass Washington das Projekt genehmigen werde, sagt er. Diesen Sommer hat Obama angekündigt, ernst zu machen mit der Reduzierung der Treibhausgase und stärker in erneuerbare Energien zu investieren. „Wir passen ins Bild“, sagt Skelton. Schwierig wird die Genehmigung der Behörden vor Ort. Dafür gilt es, die Bürger zu gewinnen. 1200 neue Arbeitsplätze verspricht Northern Pass und einen sechsstelligen Zuwachs bei den Einnahmen aus der Grundsteuer in vielen Orten entlang der Strecke. Es gibt Kaffee und Kuchen.

Rod McAllaster hat auch so ein „Open House“ besucht, vor einigen Wochen. Schon der Gedanke daran macht ihn wütend, seine Kiefer zermahlen die Worte: „Dialog! Bei mir rief als Erstes dieser Immobilienmakler an. Fragte, ob ich in die Stadt kommen könne. Ich sagte, wenn Sie etwas von mir wollen, müssen Sie schon hier rauskommen. Er kam dann, mit seinem Boss. 2012 war das. Die hatten sich vorher kundig gemacht über mich, die kannten meine ganze Familiengeschichte und wussten, das ich Waffen sammle. Ich sagte nein.“

„Dann schickten sie das Mädchen, eine Verwandte von mir. Die sollte mir gut zureden. Als Kind hat sie viel Zeit hier auf der Farm verbracht. Jetzt ist sie mit einem zusammen, der arbeitet für die. Die kaufen die Leute! Ja, so ist das, wenn das dicke Geld vorbeikommt.“

„Aber man kann denen nicht trauen. Das sind Kanadier. Wir werden wirtschaftlich von einem fremden Land übernommen, und in Washington kümmert das keinen.“

„Manche sagen, dass man von der Strahlung Krebs kriegen kann. Meine Enkel sollen auch noch hier leben. Wer kann mir sagen, dass es dann noch sicher ist?“

„Aber die glauben ja, ich bin nur so ein blöder Farmer. Die denken, Landwirtschaft, das ist sowieso nichts mehr wert. Essen ist billig. In den Städten kaufen sie Lebensmittel und schmeißen dann die Hälfte weg.“

„Ich sage: Auf die Werte kommt es an. Wenn sie die Leute gleich am Anfang wie Menschen behandelt hätten, dann wäre es vielleicht besser für sie gelaufen. Aber wenn du die Menschen hier wie Tiere behandelst ...“

Nachdem sie die Kühe auf die Weide getrieben haben, schließt McAllaster das Gatter und steigt in seinen Pick-up. Er fährt zu einer seiner Wiesen, wo Erwin, der Aushilfsarbeiter, seit dem Morgen mäht. McAllaster will beim Verpacken und Verladen der Heuballen helfen. Nach einigen hundert Metern rumpelt der Pick-up an einem gepflegten weißen Holzhaus vorbei. McAllaster hält es instand, obwohl niemand mehr hier wohnt. Hier lebten einmal die Flanders. Sie waren die Ersten hier, 1850 kauften und rodeten sie das Land. Ihre Milch verarbeiteten sie zu Butter. In großen Blöcken wurde sie auf Pferdekarren nach Colebrook transportiert und von dort mit der Eisenbahn nach Boston. McAllasters Großvater wuchs bei der Familie auf, und als die Flanders starben, vermachten sie ihm ihr Land. Die Zeit der Pferdekarren, sagt McAllaster, habe ich nicht mehr erlebt. Es klingt, als bedauerte er das.

Ich wurde auf einem Hügel geboren, singt der „Bluegrass“-Musiker Bob Amos, wo mein Vater vor mir lebte und mein Großvater vor ihm. Wir glaubten an das einfache Leben. Alles, was wir brauchten, war unsere Freiheit. Und einen Ort, den wir Heimat nennen konnten.

Im Country-Club von Colebrook reicht die Forest Society am späten Nachmittag Schnittchen. Die Umweltschutzorganisation gehört zu den größten Landbesitzern in der Region – und zu den härtesten Gegnern des Bauprojekts. Etwa 20 lokale Mitglieder sind der Einladung gefolgt. Rod McAllaster war auch eingeladen, doch er hat abgesagt, Heusaison. Seine Weigerung zu verkaufen, hat den Umweltschützern Hoffnung gemacht, das ganze Projekt noch stoppen zu können. Jane Defly, die Präsidentin, sagt ein paar Worte: „Wir wissen nicht, was sie als Nächstes tun werden, aber wir versichern Ihnen, dass unsere Mitarbeiter hochgradig entschlossen sind, sich auch weiterhin dem Projekt entgegenzustellen.“ Die Forest Society stellt unter anderem infrage, ob die bestehenden Wegerechte entlang der Straße über die Ländereien von McAllaster für einen Tunnelbau ausreichen. Das Projekt werde sicher vor Gericht landen, sagt eine Mitarbeiterin. Das könne noch Jahre dauern.

In dem Song „Mr. Bedford’s Barn“ erzählt der Sänger Bob Amos die folgende Geschichte: Ein Vater und ein Sohn kommen eines Abends nach der Chorprobe zurück zu ihrer Farm. Vor ihrer Tür wartet ein alter Mann. Er bittet die beiden, sich die Scheune ansehen zu dürfen. Er erzählt, dass er und sein Vater sie 1899 auf einem Felsen erbaut hätten, ohne Nägel, nur mit Stiften aus Holz. Vor seinem Tod wolle er sie noch einmal sehen. „Wenn man eine Scheune gut baut“, sagt der Alte, „hält sie ewig und einen Tag.“

Am Abend beginnt es zu regnen. Eben ist Rod McAllaster mit dem Einpacken der Heuballen fertig geworden. Nun platschen schwere Tropfen auf die Blätter der Himbeersträucher am Feldrand. Sie rinnen an der Plastikfolie der verpackten Heuballen hinab und an der Windschutzscheibe des Pick-ups, als sich der Farmer auf den Rückweg macht. Der Boden ist noch warm. Der Regen verdampft rasch, Nebel legt sich über das Tal wie ein Schleier aus Zeitlosigkeit, aus dem nur die Wipfel der Ahornbäume ragen und irgendwo, in einiger Entfernung, das Dach der Scheune.

## Die Feuerprobe

Erschienen als „Seite Drei“ in „Der Tagespiegel“, 22. September 2013

Der schwarze Jeep hält vor der Lehigh Avenue 214, Frackville, Pennsylvania. Im Schaufenster des niedrigen weißen Holzhauses steht „Joseph Nahas, juristische Dienste“. Eine blonde Frau bahnt sich den Weg durch das Gedränge im Vorzimmer. Ein paar Nachbarn sind gekommen und ein paar Reporter. Die blonde Frau trägt ein apricotfarbenes Jackett, falsche Wimpern und ein professionelles Make-up – „Fox“ ist da, der große amerikanische Fernsehsender. Es kann losgehen.

Chief Mark Kessler, der suspendierte Polizeichef des Nachbarörtchens Gilberton, soll ein Statement abgeben. So will es sein Anwalt. Kessler, in Anzug und Lackschuhen, zuckt kurz zusammen, als die Kameralleute das Büro grell ausleuchten.

„Chief, das ist ihre Chance, das ist ihre Plattform“, sagt die „Fox“-Reporterin. „Sagen Sie uns, was Sie zu sagen haben.“

Kessler betrachtet seine Hände. Sein Gesichtsausdruck ist leer. „Ich bin kein Verrückter“, sagt er. „Ich bin ein guter Kerl. Ich habe eine Frau und Kinder. Jetzt muss ich einen Monat lang ohne Gehalt auskommen. Aber es geht hier nicht um mich. Es geht um mein Land.“

„Chief, ist es richtig, dass Sie aus dem Gemeinde-Etat Waffen gekauft haben?“

„Das war alles legal.“

„Wie viele waren es?“

„Das weiß ich nicht mehr.“

„Ach, kommen Sie, Chief. Ungefähr.“

„Keine 500. Weniger als 20.“

„Tragen Sie jetzt im Moment eine Waffe?“

„Ja.“

„Haben Sie noch Waffen der Gemeinde zu Hause?“

„Ja.“

„Was für welche?“

„Zwei M16.“ Zwei automatische Gewehre, bis zu 900 Schuss die Minute.

„Noch Fragen?“, interveniert der Anwalt. „Nein? Danke, dass Ihr gekommen seid, Leute.“

Chief Mark Kessler aus Frackville, 53 Jahre alt, Polizeichef des 800-Seelenörtchens Gilberton im Nordosten von Pennsylvania und Gründer einer Pro-Waffenrechte-Miliz, wurde vom Gemeinderat für 30 Tage vom Dienst beurlaubt. Er hatte mehrere Videos im Internet veröffentlicht, die man im weitesten Sinne als politische Statements bezeichnen könnte. In einem trägt er Flecktarn und eine Baseballkappe. An einem Gurt über seiner Schulter hängt ein automatisches Gewehr. „Das hier ist für Kerry und diese Schwanzlutscher von der UN“, bellt er in die Kamera. Dann ballert er mit einem automatischen Gewehr ins Gebüsch, die leeren Patronenhülsen beschreiben einen Bogen über seinem Kopf.

Der Chief hatte sich darüber geärgert, dass US-Außenminister John Kerry angekündigt hatte, das Abkommen der Vereinten Nationen über die Regulierung des Waffenhandels zu unterzeichnen. In einem anderen Video trägt Kessler seine Polizeiuniform und schießt auf eine Zielscheibe von der er sagt, das sei Nancy Pelosi, die Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus. Pelosi macht sich seit dem Massaker an der Sandy-Hook-Grundschule im Dezember 2012 für einen überparteilichen Gesetzentwurf für schärfere Waffenkontrollen stark. Die offizielle Begründung für Kesslers Suspendierung lautet: unbefugte private Verwendung von Gemeindeeigentum. Kessler hatte sich mit seiner Dienstwaffe gefilmt.

Kesslers Videos machten ihn berühmt. Rechte Internetsender feierten ihn als Märtyrer, dem das Maul verboten werden solle. Schließlich wurde auch „Fox“ auf ihn aufmerksam.

Seit Barack Obama an der Macht ist, seit das urbane, liberale Amerika den Präsidenten stellt, wächst der Frust am anderen Ende des politischen Spektrums. Radikale Splittergruppen haben Zulauf, Milizen wie die von Chief Kessler erleben eine Renaissance. Bei seiner jährlichen Zählung Ende 2012 kam das „Southern Poverty Law Center“, eine Bürgerrechtsorganisation, die in den 70er Jahren in Alabama gegründet wurde, auf 1360 verschiedene Gruppen, eine Steigerung um das Achtfache in vier Jahren. Die Gruppen haben untereinander kaum Kontakt.

Was sie verbindet ist die Vorstellung, die amerikanische Regierung würde mit den internationalen Eliten gemeinsame Sache machen, um den Amerikanern ihre Freiheit – und ihre Waffen – zu nehmen. Auch das FBI beobachtet verstärkte Aktivitäten ultra-libertärer, fremdenfeindlicher und milizionärer Gruppen – und das keineswegs nur im Süden oder im mittleren Westen. Mark Potok, der die Milizen für das „Southern Poverty Law Center“ beobachtet, sagt: „Das ist ein ländliches Phänomen, ein Phänomen aus Backcountry America.“

Chief Kessler entspricht in Perfektion dem Bild des „Backcountry“, des amerikanischen Hinterlands, wie man es sich in liberalen, urbanen Lebenswelten von den einsamen Landstrichen und ihren Bewohnern macht: Waffennarren, die riesige Pickup-Trucks fahren und am Wochenende ihren Frust ablassen, indem sie durch die Wälder streifen und mit automatischen Gewehren Rehe abknallen. Auf jeden Vorstoß, der sie darin einschränkt, reagieren sie höchst allergisch. Geschichten wie die von Mark Kessler erzählt man sich an Orten wie Philadelphia mit einem Schaudern. Und vergisst sie dann wieder.

Backcountry America hat keine Grenzpfosten. Während die Skyline von Philadelphia im Rückspiegel verschwindet, werden die Grundstücke größer, die Garagen zu Scheunen, die Gärten zu Maisfeldern, die Maisfelder zu Wäldern – und dann tauchen die ersten Relikte der Kohleindustrie auf, verlassene Fabrikgebäude, von Rost zerfressene Entwässerungsrohre, schwarzer Schutt. Kohle interessiert in Pennsylvania niemanden mehr, die Politik setzt auf Fracking, Rohstoff-Milliarden werden jetzt mit Schiefergas verdient, anderswo im Bundesstaat.

Am Ortseingang von Frackville gibt es eine Pizzeria und eines jener altmodischen Diner-Lokale, in denen der Blaubeerkuchen unter Glasglocken auf dem Tresen steht und auf jedem Tisch eine kleine Jukebox, ein Quarter, ein Song, Frank Sinatra oder Dire Straits. Die Hauptstraße, an der Kesslers Anwalt sein Büro hat, wird gesäumt von niedrigen Holzhäusern. In einem der Schaufenster: vergilbte Computermonitore aus den 90er Jahren. Die Tür zum Haus auf der anderen Seite des Anwaltsbüros ist vernagelt. Die früheren Bewohner haben ihre Gartenstühle auf der Veranda zurückgelassen.

Nach der Pressekonferenz, der schwarze Jeep mit der „Fox“-Reporterin ist davon gebräust, fragt der Chief: „Wie ist Deutschland so? Ich meine, die Gesellschaft?“

Seine Stimme ist anders als in den Videos. Weniger Rottweiler. Weniger Metall. Dass in Deutschland der Verkauf und das Tragen von Waffen allgemein untersagt sind, erstaunt ihn. Er hat das Land, sein Land, noch nie verlassen. Früher war er mal Minenarbeiter, er hat selbst gekündigt und wollte lieber auf die Polizeischule. Wenn der Gemeinderat ihn wirklich entlässt, werde er sich ganz seiner „Gruppe“ widmen. Damit meint er die Waffenrechte-Miliz, die er im April gegründet hat. Dann muss Kessler zum nächsten Termin. Er, sein Anwalt und eine Frau in einem geblühten Kleid verschwinden in einem Nebenraum.

Vor dem Büro stehen Kesslers Unterstützer unschlüssig auf der Straße. Ein hagerer Mann aus Gilberton, dem einige Zähne fehlen und der seine grauen Haare zu einem Pferdeschwanz zusammengebunden hat, sagt, der Chief sei ein guter Mann und ein guter Polizist und ihm werde Unrecht getan. Ein gepflegter Typ in Bügelfaltenhosen stellt sich als Mitglied der „Constitutional Security Forces“ vor, Kesslers Miliz. Seinen Namen will er nicht nennen. 15 bis 20 Mitglieder habe die Truppe inzwischen. Die Videos von Chief Kessler findet er gut, trotz der vielen Flüche darin und der Schüsse aus einer Dienstwaffe. „Das zeigt doch die Wut da draußen“, sagt er etwas verschämt. „Irgendwas muss man ja tun.“

Andere Bewohner von Gilberton erzählen, dass Kesslers Miliz auch an jenem Tag aufmarschierte, als der Gemeinderat über seine Suspendierung entschied. Eine Frau sagt, sie habe richtig Angst gehabt. Ein Hubschrauber der Bundespolizei soll über dem Ort gekreist sein, während Kesslers Männer schwer bewaffnet durch die Straßen patrouillierten. Bis zu 100 will ein Mann aus Gilberton gesehen haben.

Vor dem Büro auf dem Bürgersteig baut Anthony „Tony“ Antonello sein Stativ zusammen und spricht in das iPhone, das er zwischen seiner Schulter und dem kahlrasierten Schädel eingeklemmt hat.

„Klingt der Sound okay?“, fragt Anthony. „Hey, wenn ich das gleich online stelle, kannst du einen Kommentar posten unter dem Video? Bring es in Umlauf, okay?“ Auf Anthonys T-Shirt steht „Da eine wohl organisierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.“ Es ist der Zweite Zusatzartikel zur Amerikanischen Verfassung. Anthony stammt aus Frackville, er betreibt einen Internetsender. Auf die Frage, worüber er sonst so berichte, sagt er: „Ich erzähle die Dinge, wie sie wirklich sind.“ Auf Anthonys Webseite kann man nachlesen, dass die USA ein tyrannischer Polizeistaat sind, nur, dass es keiner weiß, weil die Medien alle mit der Regierung unter einer Decke stecken.

Der Assistent, ein schwächlicher Teenager, mischt sich ein. „Anthony ist wie Alex Jones, den kennst du, oder?“ Auch Jones betreibt einen eigenen Webkanal, nur mit mehr Zuschauern. Er vertritt die Ansicht, dass die Regierung selbst an den Anschlägen vom 11. September beteiligt

war. „Jones hat gesagt, dass die Nationale Umweltagentur Tests an Waisenkindern erlauben will“, sagt Anthonys Assistent. „Ich dachte erst: Das kann nicht stimmen. Aber google das mal! Da kriegst du superviele Treffer!“

Gilberton, drei Straßen, eine Kirche, sonst nichts, liegt fünf Autominuten von Frackville entfernt in einer Senke. Die Hänge, die den Ort umgeben, sind grün und schwarz gefleckt: Abraumhalden. Mit wenigen Maschinen und einer Handvoll Arbeitern filtert das Minenunternehmen die letzten Kohlepartikel aus dem Schutt und macht sie zu Strom. Der feine schwarze Staub sammelt sich in den Ritzen der Bürgersteige. Es sind viele Türen vernagelt. An einer Veranda erinnern blau-weiß-rote Schleifen an eine Feier zum Unabhängigkeitstag. Der erste Stock ist teilweise eingestürzt.

„Viele der Grundstücke gehören noch dem Minenunternehmen“, sagt Bruce. „Die kümmern sich nicht darum.“ Bruce, braun gebranntes Gesicht, Militärstiefel, schlägt die Tür seines Pick-ups hinter sich zu. Sein Sohn Matt, der neun Jahre alt ist, steigt auf der Beifahrerseite aus. Bruce ist einer der letzten Einwohner von Gilberton unterhalb der Pensionsgrenze. Er ist Instandhaltungsmechaniker. Die Firma hat ihren Sitz ein paar Orte weiter und stellt Spezialgewebe her, für Windeln zum Beispiel. Seine Freundin, Janis, ist Bürokräftin in einem Logistikunternehmen. „Wir produzieren ja fast nichts mehr hier in der Region. Kommt alles aus China und Mexiko und Brasilien. Wir machen nur noch die Logistik“, sagt Bruce.

Als das Gespräch auf den Chief kommt, schüttelt er sanft den Kopf. „Er hat die ganze Stadt ins Gerede gebracht. Die meisten meinen, er gehört entlassen. Und das hat nichts damit zu tun, dass wir was gegen Waffen haben. Im Gegenteil. Hier hat jeder eine Waffe.“ Bruce tippt an seine Gürteltasche. Matt ist auf die Ladefläche geklettert und baumelt mit den Beinen, Bruce dreht sich zu ihm um. „Der Junge braucht Abendessen.“ Und er selbst muss los zu seinem zweiten Job.

Über 70 Prozent der Fläche Amerikas gelten als „ländlich“, doch nur etwa 15 Prozent der Amerikaner leben außerhalb von Städten und Vorstädten, Tendenz sinkend. Ländliche Amerikaner wählen überwiegend republikanisch und bei den republikanischen Vorwahlen häufig die extremeren Kandidaten. Das amerikanische Hinterland ist im Vergleich zu Durchschnittsamerika weißer, ärmer und schlechter ausgebildet, und es war stärker von der Rezession betroffen.

Im „Black Diamond“ in Frackville ist das Licht schummrig und die Portionen sind groß. Bruce übernimmt die Nachtschicht, seine Freundin arbeitet tagsüber. An vielen Tagen treffen sie sich nur zum Abendessen. Jetzt bestellen sie frittierte Fleischrollen und Pommes für Matt. Bob, ein bulliger Typ mit grauem Vollbart und tätowierten Armen, gesellt sich dazu und zeigt dem Jungen Zauberkünste. Chief Kessler, erzählt er, habe zuerst für die Polizei in der Nachbargemeinde Butler gearbeitet. Da sei er rausgeflogen. Zuletzt, vor einem Jahr oder so, habe er Ärger wegen einer Kneipenschlägerei gehabt.

Der Polizeichef von Butler wird später am Telefon bestätigen, dass sich der Chief nach wenigen Monaten wieder von seiner Einheit „getrennt“ habe, über die Gründe könne er nichts sagen, Personalangelegenheit. Gefeuert worden sei er aber nicht.

Die Sache mit der Kneipenschlägerei ist von der Schuylkill County Police untersucht worden. Trooper David Boehm nimmt den Telefonhörer ab und liest den Bericht vor. 2011 sei es zu einer „Rängelei“ im Pub in der Second Street in Girardville gekommen, in deren Verlauf die Dienstpistole von Chief Mark Kessler ausgelöst wurde und ihn selbst an der Hand verletzt ha-

be. Sonst sei niemand zu Schaden gekommen. Da der genaue Hergang des Geschehens nicht geklärt werden konnte, wurde keine Anklage erhoben.

Bob kichert bei der Geschichte. „Dabei hat der Kerl hinter meinem Haus immer so eifrig Schießen geübt. Was für ein Geballer.“ Mehr ist dazu offenbar nicht zu sagen, Bob stemmt sich von seinem Barhocker hoch. Dabei rutscht ein Messer aus seiner Hosentasche und landet mit lautem Klöng auf dem Holzboden. „Ich stehe halt eher auf die Dinger hier“, sagt Bob entschuldigend und steckt die Waffe in die Tasche seines Kapuzenpullovers.

Als er Richtung Toilette verschwunden ist, sagt Bruce: „Willkommen in Backcountry America.“

## Der Statistikgott

Buchrezension, erschienen auf der Seite „Politisches Buch“ in „Der Tagesspiegel“, 18.9.2013

Das Flimmern der Balken und Kurven hat etwas Hypnotisches. Je näher die Bundestagswahl rückt, desto gebannt starren Strategen, Journalisten und Wähler auf die Prognosen. In diese Anspannung hinein ist ein Buch auf Deutsch erschienen, dessen Titel die ultimative Anleitung zur Vorhersage der Zukunft verspricht und dessen Autor kein Geringerer ist als Nate Silver. Silver, der in den Vereinigten Staaten unter dem Titel „Statistikgott“ firmiert, hat sich während der amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2008 und 2012 einen Ruf als nationales Orakel erarbeitet. Auf seinem Blog „FiveThirtyEight.com“ sagte er die Ergebnisse beider Wahlen mit erstaunlicher Genauigkeit voraus.

2012 traten seine Prognosen in allen 50 Staaten ein. Ab 2010 lief sein Blog auf den Seiten der „New York Times“, im Juli hat Silver verkündet, er werde in Zukunft für den Fernsehsender ESPN arbeiten. Sein Buch ist in den USA im Herbst 2012 unter dem Titel „The Signal and the Noise“ erschienen (in etwa: Das Bedeutsame und das Hintergrundrauschen) und wurde ein Bestseller. Nun bringt der Heyne-Verlag Silver unter dem Titel „Die Berechnung der Zukunft“ auf den deutschen Markt.

Schillernde Statistiker fehlen in Deutschland bisher. Nate Silver war nach dem College kurz Berater bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, machte den ersten größeren Batzen Geld aber als Pokerspieler und mit Baseballvorhersagen. Wer sich allerdings von Silvers Buch eine Anleitung erhofft, wie er seinen Heimcomputer in eine gläserne Kugel verwandelt, wird enttäuscht. Silver verrät keine Details, wie er zu derart genauen Prognosen kam. Das Buch handelt, ganz im Gegenteil, vor allem von der generellen Unsicherheit von Vorhersagen.

Im ersten Teil befasst sich Silver mit den Fehlern der anderen, besonders die Vorhersagen der Ökonomen kommen schlecht weg. Wie der amerikanische Psychologe Philip Tetlock unterscheidet er zwischen dem „Fuchs“- und dem „Igel“-Prognosetyp. Fuchs-Typen sind unideologisch, selbstkritisch und lernen aus ihren Fehlern. Igel hingegen glauben an eine große Idee, die die Welt lenkt. Füchse, argumentiert Silver, geben bessere Prognosen ab, weil sie das „Feedback“, das sie von der Realität erhalten, einpreisen. Igel hingegen ignorieren „unpassende“ Fakten.

Silver befasst sich dann mit der Behauptung, mithilfe immer größerer Datenmengen und immer besserer Computer würde in den kommenden Jahren eine Art Annäherung an die „Weltformel“ möglich. Er nennt zwei Gründe, warum das Gegenteil wahrscheinlicher ist: Zum einen zeigt die Erfahrung, dass eine Kombination von computergenerierten Vorhersagen und menschlicher Bewertung besser funktioniert. Das gilt zum Beispiel für die Vorhersagen des amerikanischen Wetterdienstes. Erfahrene Meteorologen korrigieren „per Hand“ die Ergebnisse der Rechner – und verbessern so etwa die Regenvorhersage um 25 Prozent.

Der andere Grund, warum der Autor nicht an das Big-Data-Versprechen glaubt, sind Scheinzusammenhänge: Je größer die Menge der Informationen, die zur Verfügung stehen, schreibt Silver, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Ereignisse häufig gemeinsam auftauchen, ohne dass tatsächlich ein kausaler Zusammenhang besteht. So gab es etwa lange Zeit eine rein mathematische Korrelation zwischen dem Gewinner im Finale der amerikanischen Football-Profiliga und der Entwicklung an den Börsen. Gerade in Zeiten wachsender Datenmengen, meint Silver, wird es in Wahrheit immer schwieriger, bedeutsame Signale vom Hin-

tergrundrauschen zu unterscheiden. Damit wachse wiederum die Gefahr, dass Igel-Prognostiker Zusammenhänge konstruieren, die keine sind.

Diese Feststellung führt Silver im zweiten Teil zu einem Plädoyer für ein stärkere Hinwendung zu einer Spielart der Statistik, die Unsicherheiten besser Rechnung trägt: der Bayes'schen Statistik. Anders als die prognostische Statistik, die vorhandene empirische Befunde in die Zukunft projiziert, zieht man mithilfe des Bayes-Theorems Schlüsse aus feststehenden oder vermuteten Ausgangswahrscheinlichkeiten. Das ermöglicht es, unterschiedlich wahrscheinliche Erklärungen für ein einzelnes beobachtetes Ereignis zu finden. Silver greift ein häufig zitiertes Beispiel auf: Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Ergebnis einer Mammografie falsch ist, die bei einer jungen Frau scheinbar Brustkrebs diagnostiziert, wenn tatsächlich nur eine von 70 Frauen in ihrer Altersgruppe daran erkrankt? Die probabilistische Methode nach Bayes basiert außerdem darauf, die zugrunde liegenden Annahmen und Modelle anhand der Ergebnisse stetig zu verbessern. So ergibt sich eine Art „Erkenntnisspirale“. Dafür müsse man nicht einmal annehmen, dass die Welt im Kern unsicher ist, schreibt Silver. Aber es ermöglicht, die Grenzen des menschlichen Nichtwissens adäquat zu berücksichtigen.

Silvers Buch blieb in den Vereinigten Staaten nicht unumstritten. Er überbewerte den Nutzen der Bayes-Theorems, schrieben einige Statistiker, es sei auch keineswegs so neu und kontrovers, wie er es erscheinen lasse. Silver wurde außerdem dafür kritisiert, seine eigenen Methoden geheim zu halten, während er anderer Leute Methodik angreift. Gerade für Laien aber ist das Buch lesenswert, da es einen sehr verständlichen Einblick in die Welt der Statistik gibt. Das kann angesichts der zunehmenden Bedeutung von Wahrscheinlichkeiten für den Alltag und die Politik gar nicht überbewertet werden. Da verzeiht man dem Verlag sogar die holprige Übersetzung – und dem Autor die endlosen Baseballstatistiken. *Anna Sauerbrey*

## **Thomas muss in Woodcrest bleiben**

Erschienen auf der Seite „Wissen und Forschen“ in „Der Tagesspiegel“, 15. September 2013

Thomas Hundley sollte eigentlich nicht hier sein. Anfang September hat an Universitäten überall in Amerika das Wintersemester begonnen. An Thomas' Uni, Howard, einer kleinen, aber traditionsreichen Privatschule in Washington D.C., ist gerade die Einführungswoche zu Ende gegangen. „Die Homecoming-Wochen sind das Beste“, sagt der 23-Jährige. „Es gibt viele Partys und Veranstaltungen.“ Doch statt sein Wohnzimmer einzuräumen, sitzt Thomas auf einer Couch im Souterrain eines kleinen Hauses in Woodcrest, New Jersey. Thomas kann die Studiengebühren nicht bezahlen, wieder nicht.

Seit einem Jahr schon setzt er sein Studium aus. Seiner Mutter, in deren Namen ein großer Teil seines Studentenkredits läuft, wurde eine weitere Zahlung verweigert.

Inzwischen studiert auch Thomas' jüngere Schwester, deshalb habe die Familie ihren Kreditrahmen nun ausgeschöpft, entschied das Bildungsministerium. Thomas Hundley musste in Woodcrest bleiben.

Noch nie war ein College-Abschluss in den USA so teuer wie heute. In den letzten drei Jahrzehnten sind nach Angaben des National Center for Education Studies, einer Abteilung des Bildungsministeriums, die Kosten für ein vierjähriges Studium um 250 Prozent gestiegen, allein im letzten Jahrzehnt waren es 42 Prozent. Beinahe jedes Jahr schlagen die Universitäten wieder ein paar Prozent auf die Studiengebühren auf.

Auch in Howard stiegen sie, allein im akademischen Jahr 2012/2013 um 12 Prozent, auf 21 450 Dollar pro Jahr für einen Bachelor-Studenten. Hinzu kommen rund 10 000 Dollar für ein Mehrbettzimmer in einem Studentenwohnheim. „Ohne Essen“, betont Thomas. Im Schnitt zahlen Studenten an einer staatlichen Uni 8600, an einer Privatuni 26 000 Dollar pro Jahr ohne Unterbringung.

In der Folge wachsen auch die Schulden, mit denen amerikanische College-Absolventen ihre Hochschulen verlassen, im Durchschnitt sind es heute nach Angaben des Weißen Hauses 26 000 Dollar. Amerikas Absolventen brauchen immer länger, um diese Beträge abzustottern. Laut einer Studie der amerikanischen Zentralbank zahlten 2010 45 Prozent aller amerikanischen Haushalte noch Studienkredite ab. Auch unter Familien, in denen der Hauptverdiener schon über 45 ist, war der Anteil noch erheblich.

Das Center for American Progress, eine liberale Denkfabrik, malte im Frühjahr in einer Expertise ein düsteres Bild der volkswirtschaftlichen Folgen. Es prognostizierte immer spätere Familiengründungen, weniger Investitionen in Wohneigentum und geringere private Rücklagen für das Alter. Auch Barack Obama wählte vor einigen Wochen auf seiner College-Rundreise drastische Worte, um das Problem zu beschreiben. Er sprach von einer „Schuldenkrise“ unter Studenten und von einer „Krise“ der Bezahlbarkeit höherer Bildung.

Bevor er eine Zwangspause einlegen musste, war Thomas Hundley in Politikwissenschaft eingeschrieben. Das sei eine gute Vorbereitung, um später Jura zu studieren, hatte man ihm geraten. Im Nebenfach belegte er Altertumswissenschaften und entdeckte eine Leidenschaft für die griechischen Klassiker. Ein Professor legte ihm nahe, zu überlegen, das Hauptfach zu

wechseln. Aber Thomas beschloss, bei seinem Plan zu bleiben. Als Anwalt würde er seine Schulden leichter zurückzahlen können.

Thomas ist ein smarterer, eher ruhiger Typ. Er lächelt viel. „Ich versuche, es nicht zu schwer zu nehmen, das bringt ja auch nichts“, sagt er und meint es. Doch bis zu dieser Einstellung war es ein langer Weg. Als er erfuhr, dass seine Mutter kein Geld mehr bekommen würde, war er zunächst furchtbar wütend, erzählt er. Die Familie hatte es zuletzt nicht leicht. Thomas' Vater ist vor einigen Jahren an einem Herzleiden gestorben. Die Mutter arbeitet im Krankenhaus einer Justizvollzugsanstalt und muss die Familie mit ihrem kleinen Gehalt allein durchbringen. „Ich habe das einfach nicht verstanden“, sagt Thomas. „Es macht doch keinen Sinn! Ich war ja fast fertig.“ Es wäre sein „senior year“ gewesen, das letzte Jahr vor dem Abschluss.

Ein Job hat ihm geholfen, mit dem Frust fertig zu werden. Thomas arbeitet als Assistent in einer Rechtsanwaltskanzlei. Er steht jetzt jeden Morgen um sechs Uhr auf, um acht ist er im Büro, eine Stunde früher als nötig. Weil er kein Auto hat, nimmt seine Mutter ihn auf dem Weg zu ihrer Arbeit mit. Die Kanzlei ist auf Klagen von Sozialhilfeempfängern spezialisiert. Bis um fünf Uhr nachmittags hilft Thomas Klienten dabei, bei Behörden die nötigen Unterlagen für Anträge und Beschwerden zusammenzubekommen. Die Kanzlei zahlt gut, sagt Thomas, sparen kann er allerdings fast nichts. Das meiste fließt in die Haushaltskasse, für Rechnungen und Ratenzahlungen.

Wohin das Geld aus den steigenden Studiengebühren fließt, ist unklar. Thomas' Universität Howard nannte bei der Gebührenerhöhung im Herbst 2012/2013 drei Gründe: Eine nachhaltige Konsolidierung ihrer Finanzen, Investitionen in Personal und Infrastruktur und „eine Angleichung der Preise an den Marktwert der Universität“. Aus der Sicht von Richard Vedder ist Letzteres der Hauptgrund für die Verteuerung der Colleges. Vedder war Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Ohio. Nach seiner Pensionierung gründete er ein kleines, privates Institut für Bildungsforschung, das unter anderem das Universitätsranking des Forbes-Magazins verantwortet.

Vedders These: Höhere Bildung ist in den USA ein Markt – und bei steigender Nachfrage und gleichbleibendem Angebot steigen eben die Preise. Das Geld fließe weniger in die Lehre als vielmehr in die Verwaltungsapparate: Harvard etwa beschäftigt 24 Personen allein in seiner Abteilung für Public Relations, mehr als viele Dax-Unternehmen. Auch in Technik und repräsentative Gebäude werde investiert, vieles davon ist Luxus, findet Vedder.

Allerdings macht der Bildungsforscher die Regierung mitverantwortlich für den Anstieg. Seit Jahren stellen Bildungspolitiker eine College-Ausbildung als wichtigste Voraussetzung für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt dar. Die Zahlen geben ihnen recht: College-Absolventen finden leichter einen Job.

Doch nach Ansicht von Vedder gibt es inzwischen mehr Studierende, als der Markt braucht. „Immer mehr Absolventen sind daher gezwungen, einfache Jobs anzunehmen. Wir haben jetzt eine Million Verkäufer mit einem College-Abschluss“, sagt er. Seiner Meinung nach müsste das Land ein Berufsbildungssystem nach deutschem Vorbild aufbauen, um Alternativen zur College-Ausbildung zu schaffen, die weniger Zeit und Geld kosten. Außerdem habe die Regierung zu lange auf die steigenden Gebühren mit immer mehr Förderprogrammen reagiert. Erst unter dem Druck der Finanzkrise wurde hier gestrichen, dennoch fließen noch immer fast 200 Milliarden Dollar in die Subventionierung von Studiengebühren.

An diesem Punkt will auch die Obama-Regierung ansetzen. In seiner Rede zur studentischen „Schuldenkrise“ an der Universität in Buffalo kündigte der Präsident eine „große Reform“ an. Unter anderem soll ein neues Ranking geschaffen werden, Kriterien sollen die durchschnittlichen Studiengebühren einer Universität sein, die durchschnittlichen Schulden ihrer Absolventen und der Anteil ihrer Studenten aus weniger wohlhabenden Familien. Hochschulen, die gut abschneiden, sollen bei Regierungszuschüssen bevorzugt werden.

Die Universitäten reagieren verhalten auf die Buffalo-Rede. Ein Harvard-Sprecher preist auf die Frage, ob seine Universität ebenfalls eine Schuldenkrise sehe, das „revolutionäre“ Hilfsprogramm, das man für Studenten der Unter- und Mittelschicht unterhalte. Eine Sprecherin der University of Chicago schreibt, man freue sich darauf „mit dem Weißen Haus und der Legislative zusammenzuarbeiten“, um die Vorschläge weiterzuentwickeln. Eile hat das nicht. Schon die Entwicklung der Kriterien soll nach Ankündigung des Weißen Hauses bis 2015 dauern, die Umverteilung der Gelder soll erst ab 2018 greifen – alles unter der Prämisse, dass Obama sich die Unterstützung des republikanischen Abgeordnetenhauses sichern kann.

Vielleicht, so hofft Richard Vedder, kommt der Markt der Regierung zuvor. Die Schmerzgrenze scheint erreicht zu sein. Das zeigen Zahlen des nationalen Statistikamtes. 2012 sind zum ersten Mal seit der Jahrtausendwende die Einschreibungen gesunken, um rund drei Prozent. Setzt sich der Trend fort, müssten die Universitäten um Studierende konkurrieren – und die Preise senken.

Thomas Hundley hofft, sein Studium im Januar fortsetzen zu können. Während er im Souterrain das Interview gibt, tagt oben am Küchentisch ein Strategiekomitee aus Freunden und Verwandten bei Crackern und Käse. Die Familie hat eine Fundraising-Kampagne gestartet, um die rund 25 000 Dollar zusammenzubekommen, die Thomas fehlen, um seinen Abschluss zu machen. Es läuft gut. Nachdem eine Regionalzeitung über ihn berichtet hatte, riefen wildfremde Leute an und boten Unterstützung an. „Ich muss das einfach fertig machen“, sagt Thomas. „Ich muss.“